

Bierstädter Zeitung

Amtsblatt — Anzeiger für das blaue Landchen

Erscheint 3 mal wöchentlich
Dienstags, Donnerstags und Samstags
Bezugspreis monatlich 60 Pf., durch die Post
:: vierjährlich Mk. 1.00 als Beitragskarte.

(Umfassend die Ortschaften: Auringen, Breckenheim, Delkenheim,
Diedenbergen, Eichheim Heßloch, Igstadt, Kloppenheim, Massenheim,
Medenbach, Nautod, Nordenstadt, Rambach,
Sonnenberg, Wallau, Wildbachen.)

Der Anzeigepreis beträgt: für die kleinstmögliche
Zeile oder deren Raum 20 Pf. Reklamen
und Anzeigen im amtlichen Teil werden pro
Zeile mit 50 Pf. berechnet. Eingetragen in der
Postzeitungsliste unter Nr. 1110 a. ::

Redaktion und Geschäftsstelle: Bierstadt, Ecke Moritz- und Röderstraße. :: Fernruf 2027. :: Redaktion, Druck und Verlag von Heinrich Schulze in Bierstadt

Nr. 28.

Donnerstag, den 7. März 1918.

18. Jahrgang.

Ein starkes Stück.

Beliebtest ist der deutsche Prisen-dampfer „Igoz-Mendi“, das Begleitschiff des „Wolf“, im Sturme bei Kap Skagen gestrandet. Die dänische Regierung hat dem Dampfer und seiner Besatzung gegenüber eine Haltung eingenommen, die als eine mehr als einseitige Auffassung der Neutralitätspflichten in Deutschland außerordentliches Verständen und Entschluss erregt hat. Statt dem gestrandeten Dampfer, wie es einfache, durch Feuerlei Neutralitätspflichten zu beeinträchtigen Menschenfahrt gewesen wäre, mit allen Mitteln beizustehen, hat die dänische Regierung einem, wegen der Gefährlichkeit der Gewässer bei Kap Skagen stationierten dänischen Dampfer die angebotene Hilfeleistung verboten. Darüber hinaus hat die dänische Regierung sogar die Besatzung des Dampfers „Igoz-Mendi“ in ihren Bemühungen, mit eigener Kraft loszukommen, dadurch behindert, daß sie einen an Land gekommenen Offizier der Besatzung, der sich mit deutschen Behörden in Verbindung setzen wollte, festgenommen und interniert hat. Was dänischerseits zur Rechtfertigung dieses Vorgehens angeführt wird, hält ernsthafter Prüfung nicht stand. Kein Völkerrecht verbietet Hilfeleistung an einem in Seenot gekommenen Schiff, auch wenn es ein Prisen-schiff ist, und noch weniger fordert es die Internierung eines an Land gekommenen Mitgliedes der Besatzung zu dem Zweck, Verbindung mit den heimischen Behörden herzustellen. Denn das bedeutet eine Behinderung der Selbsthilfe, die nach der ungünstigen Handlungswise der dänischen Regierung um so schärfer zu verurteilen ist.

Es ist mehr als merkwürdig, daß die dänische Regierung hinsichtlich ihrer Neutralitätspflichten eine so außerordentlich weitgehende Jurifähigkeit befindet, wenn es gilt, unseren Feinden damit gefällig zu sein, daß dieses Jurafühl aber völlig schwiegt, wenn es sich um Neutralitätspflichten Deutschlands gegenüber handelt. So hat bemanntes Weise die dänische Regierung keinen Anstoß daran genommen, zugelassen, daß dänische Handelschiffe unseren Feinden zur Verfügung gestellt werden, obwohl der Schiffsraum in diesem Kriege ein entscheidender Kriegsfaktor geworden ist und die Hergabe von Handelschiffen an einen der Kriegführenden daher einen offensären Verstoß gegen die Pflichten der Neutralität darstellt. Es scheint, daß die Rücksicht, die die Notlage der Neutralen gegenüber der Vergewaltigung durch die Entente deutscherseits gefunden hat in Dänemark missverstanden und als ein Zeichen von Schwäche gedeutet wird, während sie im Gegenteil nur ein Ausdruck der Geduld des Starken ist.

Möge man in Dänemark des Ernstes der Lage bezüglich des „Igoz-Mendi“ bewußt sein. Handelt es sich auch nur um 20 deutsche Seeleute, so gehören sie doch zu einer Schar, auf die ganz Deutschland stolz ist, für die einzutreten Volk und Regierung als eine Ehrenpflicht betrachtet und die es keinesfalls willkürlichen Völkerrechtsauslegungen zu opfern gedenkt. Sollte die dänische Regierung tatsächlich in gutem Glauben geirrt haben, so ist es hohe Zeit, daß sie das einseht und unter Heranziehung berücksichtiger Ratgeber den Weg zur echten Neutralität zurückfindet.

Selbstverständlich haftet sie für den Deutschland bisher durch ihr Verhalten erwachsenen Schaden. Hinter dem Protest, den die deutsche Regierung in der Angelegenheit an Dänemark gerichtet hat, steht zweifellos geschlossen das ganze deutsche Volk. Daß gerade der jetzige Augenblick für derartige Neutralitätsexperimente ungünstlich gewählt ist, hätte man sich dänischerseits selbst sagen können.

Vorfriede mit Rumänien.

14-tägige Waffenruhe mit Rumänien.

In den Verhandlungen zwischen den Mittelmächten und Rumänien ist am Dienstag, den 5. März, vereinbart worden, daß, nachdem der zu Tocșani am 9. Dezember 1917 unterzeichnete Waffenstillstandsvertrag am 2. März gefündigt und am 5. März 1918 um 12 Uhr mittags abgelaufen ist, vom 5. März 1918 mitternachts an eine vierzehntägige Waffenruhe mit dreitägiger Kündigung laufen soll. Zwischen den Unterzeichneten besteht vollkommene Übereinstimmung darüber, daß innerhalb dieses Zeitraumes der endgültige Friede abgeschlossen ist und zwar auf Grundlage nachstehender Vereinbarung:

1. Rumänien tritt an die verbündeten Mächte die Dobrudscha bis zur Donau ab;
2. die Mächte des Bierbundes werden für die Erhaltung des Handelsweges für Rumänien über Konstanz nach dem Schwarzen Meer Sorge tragen;
3. die von Österreich-Ungarn geforderten Grenzverrichtigungen an der österreichisch-ungarisch-rumänischen Grenze werden von rumänischer Seite grundsätzlich angenommen;

4. ebenso werden der Lage entsprechende Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiete grundsätzlich zugestanden;

5. die rumänische Regierung verpflichtet sich, sofort mindestens acht Divisionen der rumänischen Armee zu demobilisieren. Die Leitung der Demobilisierung wird gemeinsam durch das Oberkommando der Heeresgruppe Madensen und die rumänische Oberste Heeresleitung erfolgen.

Sobald zwischen Russland und Rumänien der Friede wiederhergestellt ist, werden auch die übrigen Teile der rumänischen Armee zu demobilisieren sein, soweit sie nicht zum Sicherheitsdienst an der russisch-rumänischen Grenze benötigt werden.

6. Die rumänischen Truppen haben sofort das von ihnen besetzte Gebiet der österreichisch-ungarischen Monarchie zu räumen.

7. Die rumänische Regierung verpflichtet sich, den Transport von Truppen der verbündeten Mächte durch die Moldau und Bessarabien nach Odessa Eisenbahntechnisch mit allen Kräften zu unterstützen.

8. Rumänien verpflichtet sich, die noch in rumänischen Diensten stehenden Offiziere der mit dem Bierbund im Kriege befindlichen Mächte sofort zu entlassen. Diesen Offizieren wird seitens der Bierbundsmächte freies Geleit zugesichert.

9. Dieser Vertrag tritt sofort in Kraft. Zur Urkunde dessen haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

Ausgefertigt in fünfsacher Urschrift in Busted am 5. März 1918.

Vom U-Bootkrieg.

Verjent.

Berlin, 5. März. (Amtlich.) Unsere Unterseeboote haben im Sperrgebiet um England neuerdings 20 000 Brutto-Tonnen Handelschiffsräum verursacht.

Von den vernichteten Schiffen sind zwei besonders wertvolle bewaffnete Dampfer von je 6000 Tonnen in geschicktem Angriff, schärfster feindlicher Gegenwehrung zum Troh, aus demselben Geleitzug herausgeschossen worden. Einer der Dampfer hatte Munition geladen. Zwei weitere tiefbeladene Dampfer wurden in der Ostküste Englands ebenfalls aus Geleitzügen herausgeschossen.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Auf Naland gelandet.

Berlin, 6. März. (Amtlich.) Ein zur Einrichtung eines Etappenplatzes für die Hilfsaktion nach Finnland bestimmter Teil unserer Seestreitkräfte hat im 5. März nachmittags bei Eddore auf den Nalandsinseln geankert.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Die Neutralen sollen bluten.

Finanztidende, Kopenhagen, fragt besorgt, weshalb die neutrale Tonnage geopfert werden soll. Während England und Amerika mit allen Mitteln die neutralen Schiffe zu zwingen suchen, in der Gefahrenzone zu fahren, sind alle französischen Häfen voll von Schiffen, die die Ausfahrt verweigern. Es wird behauptet, sie würden repariert, und da die französischen Werften wegen Mangel an Rohstoffen still liegen, liegen die französischen Schiffe 3 bis 6, ja 12 Monate im Hafen, anstatt einen Teil des Risikos der Versorgung ihres Landes auf sich zu nehmen. Die französischen Reeder werden beschuldigt, ihre Schiffe deshalb nicht auslaufen zu lassen, weil sie bis nach dem Krieg schonen wollen. Die Reeder machen dagegen geltend, daß dies seine Berechtigung hätte, selbst wenn es so wäre. Denn während England seine Schifffahrt bald wieder in Ordnung bringen könnte, würde Frankreich riskieren, ohne Handelsflotte dagazustehen. Das wäre Frankreichs sicherer Tod, und deshalb müßte seine Tonnage gehont werden. Der selben Ansicht ist Italien wegen einer Handelsflotte. So scheint es denn, als ob die Neutralen die Kostanien für die Kriegführenden aus dem Feuer holen sollen, damit diese ihre Tonnage für die Zeit nach dem Kriege schonen können.

Allerlei vom Seekrieg.

Wilson unterzeichnete ein Gesetz, durch das 50 Millionen Dollar für Beschaffung von Wohnungen für die Angestellten der Schiffbauindustrie bewilligt werden.

In der zweiten Hälfte 1917 wurde die amerikanische Handelsflotte um 399 Schiffe vermehrt, wobei die großen deutschen Schiffe, wie „Vaterland“, die von der Kriegsmarine übernommen wurden, nicht eingerechnet sind.

Von den Fronten.

Großes Hauptquartier, 6. März. (WTB.)

Weltlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht: Gestige Feuerüberfälle richtete der Feind gegen unsere Stellungen auf dem Nordufer der Lys. Ein starker englischer Vorstoß bei Waasten wurde im Nahkampf abgewiesen. Beiderseits der Scarpe und in Verbindung mit eigenen erfolgreichen Erforschungen nördlich und südwestlich von St. Quentin lebte die Geschäftstätigkeit auf.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz: In einzelnen Abschnitten Artilleriekampf. Sturmabteilungen drangen in der Gegend von Ornes in die französischen Gebiete und brachten 28 Gefangene ein.

Heeresgruppe Herzog Albrecht: Südlich vom Rhein-Marne-Kanal, im Thanner Tal und bei Altkirch rege Tätigkeit der Franzosen.

Osteu.

In Verfolg der von der finnischen Regierung erbetenen militärischen Hilfe sind deutsche Truppen auf den Nalandsinseln gelandet.

Der Waffenstillstandsvertrag mit Rumänien ist von neuem formell unterzeichnet worden. Friedensverhandlungen schlossen sich unmittelbar an.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Die „rückwärtige Manöverarmee“.

Nach der „Sächsischen Morgenzeitung“ soll die mobile Reserve oder Manöverarmee unter General Koch, die in rückwärtigen Räumen versammelt ist und hauptsächlich aus abgelösten französischen Fronttruppen besteht, eine Gesamtstärke von etwa 400 000 Mann erreicht haben.

Nach einem Berichte der „New York Sun“ standen am 28. Februar 220 000 amerikanische Truppen an der Westfront.

Was Amerika in Frankreich noch vor hat.

Das Kriegsdepartement der Vereinigten Staaten teilt mit, daß in Frankreich eine große Artilleriebasis errichtet wird, die 25 Millionen Dollar kosten wird. Diese Basis wird aus 20 großen Magazinen, 12 großen Werkstätten und 100 kleineren Werkstätten und Magazinen bestehen. Mit dem Bau der Artilleriebasis, zu deren Betrieb 450 Offiziere und 16 000 Mann nötig sein werden, wurde vor mehreren Wochen begonnen, nachdem ein großer Teil des benötigten Materials und der übrigen Ausrüstung in Frankreich angekommen war. Das Kriegsdepartement verlangte vom Kongress außer den bereits bewilligten 640 Millionen Dollar für die Durchführung der Ausrüstungen noch weitere 450 Millionen Dollar.

Allgemeine Kriegsnachrichten.

Eine echte Reuter-Leistung.

Dass die Entstehungskünste und läugnerischen Verdrehungen der feindlichen Nachrichtenämter selbst einzelnen ihrer Landsleute — vorläufig allerdings noch sehr wenigen — zu bunt werden, zeigt ein unter dem Deck der unblümsamen Befürchtung sehr zähm abgesetzter Artikel des „Populaire“ vom 16. Februar. Dort heißt es:

Das Reutersche Bureau hat, um die „Lebenseigenschaften“ zu entschuldigen, die einen der wichtigsten Säule in der Rede Czernins so entstellt haben, dies mit der Überlastung der Kabel entschuldigt. Die Amsterdamer Linie soll danach durch die Übermittlung der Hertlingschen Rede derartig beansprucht gewesen sein, daß die Czerninsche Rede über ein anderes Kabel gehen mußte; unter normalen Umständen hätte man in Amsterdam die Überleitung ins Englische vornehmen können. Wir dürfen hieran folgende Frage wohl anknüpfen: 1. Passen diese Erklärungen auch auf die in der französischen Haftung enthaltenen Fehler? 2. Zuviel ist es in Amsterdam leichter, etwas ins Englische zu übersetzen, als anderswo? 3. und vor allen Dingen, warum hat man die Auflösung nicht sofort und unaufgefordert gegeben, als die deutschen Zeitungen mit dem genauen Wortlaut der Czerninschen Rede in England vorlagen? warum mußte diese Auflösung erst von einigen und ausschließlich liberalen Zeitungen erzwungen werden?

Die Leiden der deutschen Geiseln in Russland.

Die Bolschewiki haben bei ihren Ausschreitungen in Südblock und Osteuropa besonders die deutschen Großgrundbesitzer als Geiseln weggeschleppt. Neben den Geiseln kommen jetzt die aufregendsten Meldekunden. Wie es heißt, haben die Bolschewiki ihre Weiterverschiebung ins Innere Russlands bereits in die Wege geleitet. 15 Bogen mit etwa 450 Personen be-

finden sich auf der Fahrt nach Krasnojarsk im Tomsker Kreise. Ein zweiter Zug von 130 Verschleppten, unter ihnen auch Frauen und Kinder aus dem Wenden, Wollmansen, Waller und Marienburger Kreise, ist mit dem Bestimmungsziel Jelzaterinenburg unterwegs. Auch zwei Arrestantenwaggons aus Rusal sind mit unbestimmter Bestimmung abgefahren. Unter den Verhafteten befindet sich der Ritterschaftshauptmann Baron Tellinghausen. Wie es heißt, sollten die deutschen Hilfsorganisationen in Petersburg Lebensmittel und warme Sachen reichlich zur Verfügung gestellt haben, und von der schwedischen Mission sollen zur Versorgung 200 000 Rubel angewiesen worden sein. Wenn man hier täglich in Dorpat von den deutschen Kriegsgefangenen die grauenhaften Schilderungen ihrer Leiden in Russland hört, muß man für unsere deutschen Verschleppten das Schlimmste befürchten. Aus Wolf berichtet ein Augenzeuge, daß bei der Verhaftung am 20. Februar etwa 400 Personen, unter ihnen auch Greise und Frauen, auf die rohste Weise mit Stolzenbüchern durch die Städte am Bahnhof getrieben worden sind, um am nächsten Tage in Viehwaggons abtransportiert zu werden.

Zovaus Kriegserklärung an Russland bevorstehend?

Römische Blätter behaupten, daß Japans Kriegserklärung an Russland unmittelbar bevorstehe. Nach einer Meldung aus Rom verzichtete in dortige politische Kreise, die Entente werde die Blockade auf Russland ausdehnen.



Adrienne von Orchardstone.

Roman von G. Warden.

Autorisierte Bearbeitung von Max von Weizsäcker.
9)

"Ich freue mich von Herzen, dich zu sehen!" rief sie in sturmtem Tone fort. "Willst du mir den Tee zeigen?" flügte sie hinzu, ihren Arm in den des jungen Mädchens legend. "Frau Stafford war so freundlich, mir zu versprechen, daß ich alsbald eine Tasse Tee bekommen solle. Die mußt du mir mit einnehmen!"

Die natürliche Einfachheit und der Lieblichkeit der Gräfin hatten etwas Bestridenes. Die Dienstleute, denen sie freundlich zugeneigt hatte, entfernten sich nach ehrfürchtigem Respekt, und selbst die, welche am meisten gegen eine neue Herrin eingetragen sein mochten, gehandelt widerstreitend zu, daß diese neue Gebieterin nicht so arg zu sein scheine. Auch Adrienne vermochte ihrem mit Herzlichkeit geprägten liebenwürdigen Wesen nicht zu widerstehen, so daß sie, ob sie wollte oder nicht, dem ausgesprochenen Wunsche der Gräfin willfahrend und diese nach dem befraglichen Zimmer gefestigt wurde, in dem Frau Stafford ihnen den Tee servierte.

Der Graf hatte sich den beiden nicht angehlossen. Wo er geblieben war, das wußte Adrienne nicht, während sie sich fragte, ob er am Ende glaube, sie könne "ih", wenn sie allein sei, mit der Stiefschwester besser verständigen.

Die neue Frau ihres Vaters plauderte in diesem lebhaft. "Sie steht doch hier offenbar bereit zu Hause während es war, als ob sie hier eine Fremde sei. Wahrscheinlich fragte die Gräfin nach ihrem Gatten.

"Ich bin sehr gern bereit, ihn zu suchen," erklärte das junge Mädchen, und sie erhob sich hastig und schritt der Tür zu, ohne abzuwarten, ob die Stiefschwester ihr Gehör gutbekäme oder nicht. Sie griff nach ihrem Gartenblut und trat ins Freie. Es lag nicht in ihrer Absicht, den Vater zu suchen, wie sie gesagt hatte; es trieb sie nur fort, fort, um irgend ein Plätzchen zu suchen, wo kein Auge sie beobachten, sein Ohr sie hören könnte. Sie schenkte sich nur danach, allein zu sein. So schritt sie jetzt hastig dahin, als plötzlich sich eine Hand auf ihren Arm legte, und sie sich auf einmal ihrem Vater gegenüber sah.

"Adrienne, du?" fragte er schlich überrascht. "Warum

Politische Rundschau.

Berlin, 6. März 1918.

Die Wahlrechtsfrage in Sachsen. Der Verfassungsausschuß der 2. sächsischen Kammer nahm den nationalliberalen Antrag auf Einführung des gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts mit zwei Zusätzen, die nicht nach Einkommen und Vermögen zugeteilt werden dürfen, an. — Der Ausschuß der 1. Kammer stimmte gegen zwei Stimmen der Regierungsvorlage über die Reform der 1. Kammer ohne Änderung zu. Eine durchgreifende Änderung durch die 2. Kammer ist daraus hin zu erwarten.

Verband der Landkreise. Nachdem der Abg. v. d. Osten-Warnitz sich mit Rücksicht auf seine parlamentarische Tätigkeit veranlaßt gesehen hat, den Vorstand des Verbandes der Preußischen Landkreise niedergelegen, hat der Verwaltungsrat des Verbandes nun mehr den Staatsminister Frhr. v. Schorlemmer-Dieser, Mitglied des Herrenhauses, einstimmig zum Vorsitzenden des Verwaltungsrats und des Vorstandes gewählt. — v. Schorlemmer, der die Wahl angenommen hat, war, ehe er als Oberpräsident in Coblenz und Landwirtschaftsminister führende Stellen in der preußischen Verwaltung bekleidete, von 1888 bis 1898 Landrat des Kreises Neub.

Für das gleiche Wahlrecht in Preußen hat der Minister des Innern, Dr. Drews, eine Kundgebung an die Landräte gerichtet, die der Ausschaffung entgegneträt, "es sei der Staatsregierung nicht voller, nicht eindringlicher Ernst mit der Ausführung des Allerhöchsten Erlasses vom 11. Juli 1917, der die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen in Aussicht gezeigt hat". Demgegenüber wird betont: "Bei der entscheidenden kriegspolitischen Bedeutung, die die preußische Wahlrechtsvorlage gewonnen hat, muß ich mit Nachdruck fordern, daß die mit nachgeordneten Dienststellen die Politik der Staatsregierung unbedingt nach außen hin vertreten. Insbesondere erwarte ich von den Herren Regierungspräsidenten, daß sie, wo immer sich Gelegenheit bietet, mit aller Entscheidlichkeit betonen, daß die Staatsregierung mit unvermindelter Entschlossenheit auf der Ausführung des Allerhöchsten Erlasses vom 11. Juli 1917 beharrt, daß sie festhält an ihrer wiederholten gegebenen Erklärung, an die Einführung des gleichen Wahlrechts alle verfassungsgemäß zulässigen Mittel zu setzen. Es trifft nicht zu, daß die durch nichts zu rechtfertigende Haltung der Leitung beider sozialdemokratischer Parteien anlässlich der Groß-Berliner Streikbewegung, die Staatsregierung irgendwie an ihrem Reformwillen irre gemacht hätte. Jede in dieser Richtung ziellende Begehung widerspricht der Wahrheit. Die Staatsregierung versteht die Einführung des gleichen Wahlrechts nicht als eine Maßnahme, für deren Durchführung das Wohlverhalten der sozialdemokratischen Partei maßgebend ist, sondern als die innerpolitische Konsequenz, die sich aus der opferfreudigen, treuen und geduldigen Haltung des gesamten Volkes während der schweren Jahre der Not ergeben hat."

England: Der Irren-Aufstand wächst.

Der Pariser "Matin" berichtet weithin, aus London, daß die Sinn-Heiner-Bewegung in der Grafschaft Clare (Südwest-Irland) an Umfang zunehme. Die Sinn-Heiner demächtigten sich namens der irischen Republik der Ländereien, bestellten sie und nahmen das Vieh weg. Die gefangenen Sinn-Heiner verweigerten die Nahrungsaufnahme und mußten nach einigen Tagen aus der Haft entlassen werden. Kurzlich sei der Direktor einer Bank im Kraftwagen angehalten und ihm 137 500 Franken abgenommen worden. Ein großes Viehdorf sei von 3000 Sinn-Heinern umzingelt, das Vieh weggeführt und sechs Polizeibeamte dabei zugeschlagen worden. Bei einem starken Angriff auf die nächste Polizeiwache seien zwei Mann verwundet wor-

den. „Ratin“ meint, diese beiden Beispiele wünnen eine Vorstellung von den Unruhen im Sinn-Heiner-Bevölkerung geben. Die übrige französische Presse hat die Bewegung nur andeutend erwähnt.

Die Tätigkeit der Sinn-Heiner-Leute hat augenscheinlich in erster Linie die Aufgabe, zu verhindern, daß den Irren die Nahrungsmittel weggenommen werden, deren sie selbst im Sommer bedürfen werden. England will ja wieder die Irren zu eigenen Gunsten jagen lassen — wie schon so oft.

Aus Angst vor den Irren soll in England jetzt der Versuch gemacht werden, eine Mehrheit für die Umwandlung Großbritanniens und Irlands in einen Bundesstaat zu gewinnen.

Gerichtssaal.

Nicht auch für die Fremden? In Marburg wurde ein Landwirt aus Elmendorf zu 50 M. Geldstrafe verurteilt, weil er einen kriegsgefangenen Franzosen mit einem Besenstiel geschlagen hatte. Der Landwirt, der von Kriegsbeginn bis etwa vor Jahresfrist im Felde gestanden hatte, war mit dem ihm überlieferteren französischen Gefangen nicht zufrieden, und so kam es, daß dieser zu einem anderen Landwirt kam. Bald darauf kam der Franzose in den Verdacht, einem ehemaligen Herrn mit der Peitsche die Hosenhämpe zerstochen zu haben. Als er sich in einer Aussprache energisch gegen diesen Verdacht wehrte, kam es zu Streitigkeiten, in deren Verlauf der Landwirt tödlich geworden war. Er erklärte vor Gericht, in Notwehr gehandelt zu haben, jedoch gab das Gericht dem liegenden Franzosen recht und verurteilte den Landwirt.

Der Millionenbetrugsvorfall Göhla. Der seit Monaten mit großer Spannung erwartete Millionenbetragsvorfall Göhla nahm Mittwoch unter grohem Aufruhr vor der dritten Strafkammer des Kreisgerichts seinen Anfang. Angeklagt sind der Magistratsbürokrat Karl Göhla und seine Frau Martha Göhla des fortgesetzten gemeinschaftlichen Betrugs. Nach der Anklage übersteigt der Vertrag, um den die Gläubiger geschädigt sind, eine Million Mark. Beide Eheleute sind außerdem wegen Spielen in außerehelichen Lotterien angeklagt. Gegen Frau Göhla richtet sich ferner eine besondere Anklage wegen Beleidigung zweier Schuhleute. Es sind 34 Zeugen geladen.

Polendebatte im Landtage.

Berlin, 6. März 1918.

Bei der Fortsetzung der Beratung des Staatskammertags Mittwoch zum Statut der Ansiedlungskommission, und da gabs eine

große Polendebatte.

Abg. Dr. Senda (Pole) gab eine Erklärung ab: Sofort nach Ausbruch des Krieges haben wir in diesem hohen Hause die nie verjährten und von uns und unseren Vorgängern stets vertretenen Forderungen der polnischen Nation in angemessener Form zum Ausdruck gebracht.

Königliche Staatsregierung hat geglaubt, unsere Forderungen nicht entgegenkommen zu können, und hat sie in schroffer Weise abgelehnt. Ihrerseits hat sie ein Hochprogramm an Konzeptionen für die Staatsbürger polnischer Nationalität vorgelegt, welches von allen polnischen Parteien und Schichten der Bevölkerung ohne Ausnahme als ungültig zurückgewiesen worden ist (hört, hört). Wir geben der Ausschaffung des polnischen Volkes hiermit Ausdruck und erklären gleichzeitig, daß wir von dem von den polnischen Fraktionen im Preußischen Landtage und Deutschen Reichstag eingenommenen Standpunkten nicht abweichen können.

Am 9. Februar 1918 ist zwischen dem Deutschen Reich, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und der ukrainischen Volksrepublik andererseits der Friedensvertrag in Brest-Litowsk abgeschlossen worden. In diesem Vertrage sind u. a. an die ukrainische Volksrepublik Ge-

bist du in solcher Eile? Kamst du hierher, um mich zu suchen?"

"Ja," stammelte sie verwirrt.

"Ihr habt euch wohl gewundert, daß ich so plötzlich verschwand?" fragte er. "Ich tat es einem kleinen Unhold zu lieb, der — wie ich bemerkte — dem Wagen bis in die Stallungen nachlief, um sich zu überzeugen, ob er vielleicht einen Bonny finde, der zum Reiten passe. So ging ich der kleinen Hege denn nach, damit sie keinen Unfall mache. Tutu, komm doch mal her und mache Adriennes Bekanntschaft aber bestimmt dich vernünftig, Kleine!"

"Tutu?" wiederholte Adrienne, indem sie gleichzeitig eine kleine Gestalt neben ihrem Vater traten sah. "Wer ist das?"

"Fräulein Susette Mosby," erklärte der Graf, "die sich aber mit Vorliebe Tutu nennt und sich, wie ich glaube, diesen Namen selbst beigelegt hat. Nicht wahr, so ist es doch, Tutu?"

Das kleine Mädchen nickte.

"Mit drei Jahren nannte ich mich schon Tutu," antwortete sie, und nun und nimmermehr will ich Susette heißen. Ich bin," fügte sie zu Adrienne gewandt hinzu, "Eleonores Nichte. Das heißt, daß Sie es wissen, Eleonore ist die leibige Gräfin Aberdon. Ich habe mich nie dazu entschließen können, sie Tante zu nennen. Vermutlich hat man Ihnen von meiner Existenz noch gar nichts gesagt?"

"Nein!" gestand Adrienne wahrheitsgemäß zu.

"Das dachte ich mir, weil Sie so erschreckt aussahen, als Sie meiner ansichtig wurden," entgegnete die Kleine Person mit unerschütterlicher Ruhe. "Geben Sie mir wieder zu mir zu kommen, Ihr Vater," fügte sie zu dem Grafen gewandt hinzu, indem sie mit der Hand nach dem Hause wies. "Jetzt, wo wir einander vorgestellt sind, werden wir auch schon sehr bald miteinander fertig zu werden wissen. Verlassen Sie sich darauf."

Adriennes Vater entfernte sich lachend. Tutu schien bei ihm offenbar sehr in Lust zu stehen.

Als er aus dem Gesichtskreise der beiden Mädchen verschwunden war, wandte die Kleine sich an Adrienne und sprach mit ernster Miene:

"Sie haben mir noch gar nicht die Hand gereicht! Zärtnen Sie mir wegen der Heirat?"

"Wie könnte ich das?" erwiderte nun Adrienne mit erzwingener Ruhe. "Ich war natürlich sehr bestremt und überrascht, als ich von der Vermählung meines Vaters vernahm, aber wenn Sie wollen, reichen wir uns die Hände und lassen Sie uns gute Freundinnen sein. Soll ich Sie auch Tutu nennen?"

"Gewiß!" sagte die Kleine. "Wenn Sie wollen, daß ich Ihrem Auto folge leisten soll, so müssen Sie mich Tutu nennen!"

Adrienne antwortete nicht; mit neugierigem Interesse sah sie die sonderbare Sprecherin an. Diese trug kurze Kleider und offenes Haar und hatte die Gestalt eines vierzehnjährigen Kindes.

"Wie alt bist du, Tutu?" fragte sie. "Ich denke, da wir in demselben Hause zu leben haben, sagen wir uns das Geschwisterliche du!"

"Ich werde fünfzehn Jahre!" antwortete die Kleine. "Wie alt bist du?"

"Zwanig Jahre. — Du kommst aus Amerika, nicht wahr?" fragte Adrienne.

"Natürlich!" entgegnete Tutu. "Bis vor einem Jahre bin ich immer in Amerika gewesen. Dann starb meine Mutter, und ich wurde zu Nelly geschickt. Papa geht seinen Geschäften nach und kann sich nicht mit einem jungen Mädchen beschäftigen. Ueberdies wollte Nelly mich haben; sie ist sehr gut mit mir!"

"Du wirst also ganz hier leben?" so fragte Adrienne. "Bis Papa sich von den Geschäften zurückgezogen hat, vermutlich," versetzte die Kleine. "Als Nelly und dein Vater sich heirateten, sagte er gleich, daß ich mit ihnen nach England ziehen müsse. Seit sehe ich ein, daß dies eigentlich ein Opfer von Ihnen war. Jungverheiratete sind doch am liebsten allein. Großmama meinte darum auch, es wäre das Küssigste von Nelly, wenn Sie trachte, dich so rasch als möglich zu verheiraten. Sie meinte, eine erwachsene Tochter sei immer sehr unbegrenzt im Hause. Sag mal, hast du irgend ein Liebesverhältnis?"

"Tutu!" rief Adrienne entsetzt.

Trotzdem konnte sie nicht umhin, zu lachen und fragte sich, was Marianne und Luz wobl zu diesem kleinen Dämmchen sagen würden.

ete abgetreten worden, welche seit Jahrhunderten zu Polen gehörten. Die Zugehörigkeit dieses Gebiets zur Krone Polens ist auch vom Wiener Kongreß anerkannt worden, und selbst die Regierung der russischen Zaren wogte es nicht, diese staatliche Zugehörigkeit anzutasten. Die Bevölkerung dieser Gebiete ist in ihren überwiegenden Mehrzahl selbst noch den tendenziösen russischen Statistiken politisch und katholisch. (Burk: Nein nein rechts.) Die zaristische Regierung hat gegen diese Mehrheit vergeblich Jahrzehnte lang einen Vernichtungskampf geführt, welcher in vielem an die Zeiten der ersten Christenverfolgungen erinnert. Hört, hört! Mit seinem Herzblut hat das Cholmer Land und Podlasie beweigt, daß es polnisch und katholisch bleiben will. Den Regierungen des Deutschen Reiches und Österreich-Ungarns ist es vorbehalten geblieben, den Versuch zu unternehmen, diese Bande des Herzens, des Glaubens und des Blutes zu zerreißen. Der Friedensvertrag von Brest-Litowsk hat bestimmt überall, wo ein polnisches Herz schlägt, seine Wirkung ausgelöst. Am 25. Februar 1918 hatte der Herr Reichskanzler Graf Hertling im Deutschen Reichstag in Bezug auf die Feststellung der westlichen Grenzen des Königreichs Polen folgendes gesagt: „Von deutscher Seite wird bei Regelung der Grenzfrage nur das aus militärischen Gründen Unerlässliche gefordert werden.“ Mit diesen Worten wird eine Politik der Annexionen angekündigt, welche ein friedliches und freundnachbarliches Nebeneinanderleben des deutschen und des polnischen Volkes unmöglich machen würde. (Hört, hört!) Wir Vertreter der polnischen Nation im Preußischen Abgeordnetenhaus teilen voll und ganz die Entrüstung unseres Volkes, und legen scharfste gegen diese bereits getätigten und in Zukunft beabsichtigten Gewaltakte an der polnischen Nation Verwahrung ein. Wir werden den mit der ukrainischen Volksrepublik in Brest-Litowsk abgeschlossenen Friedensvertrag, auch wenn er in äußerlich gesetzlicher Form zustandekommt, niemals als Recht anerkennen. (Beifall der Polen, Lachen rechts.)

Abg. Dr. Wolff-Gorski (kons.): Mit dröhnendem Donner müssen wir an das Schlagmacht der Regierung schlagen. Die Träume der Polen sind unerfüllbar; sie gehen bis an die Saale und nach Westfalen. Mit dem gleichen Wahlrecht: 150 Sozialdemokraten, 100 Centrum und 50 Polen, kann die Regierung keine Polenpolitik machen. Die Regierung muss die Verhüttungsversuche gegenüber den Polen aufgeben.

Die Regierungskundgebung.

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg: Der Vorredner hat zur Polenpolitik einen wesentlich anderen Standpunkt eingenommen als bisher die Konservativen. Dieser war bei allen Verhandlungen immer als Zweck der Polenpolitik hingestellt, die polnisch sprechenden Preußen möchten sich möglichst auch als Preußen fühlen. Der Vorredner hat dies für unmöglich erklärt, da die Polen mit ihrem Heimatlande un trennbar verbunden seien. Jedes Entgegenkommen sei überflüssig und aussichtslos. (Sehr richtig! rechts.) Angesichts der veränderten Haltung der konservativen Partei ist es eigentlich, wie sie fortwährend der Regierung Wandel vorwerfen kann. Die Regierung ist aus ganz anderen Gründen als denen einer Versöhnung zu gewissen Aenderungen der Polenpolitik gekommen. Diese Aenderungen sind erfolgt, weil man den jetzigen Zustand als ungerecht empfand. Auch wir wollen die Stärkung des Deutschen aufrecht erhalten, aber Ungleichheiten be seitigen, die nicht wissam sind, aber von den Polen als ungerecht empfunden werden müssten und die auch von deutscher Seite als Ausnahmegesetzgebung angesehen werden sind. Also, wir sind einfach dem Gefühl der Gerechtigkeit gefolgt. Ich gebe zu, daß unter einem veränderten Wahlrecht auch das Abgeordnetenhaus sich anders zusammensehen wird. (Hört, hört! rechts.) Aber verwunderlich ist, daß gerade die Konservativen ein Pluralkoalitionsrecht vorschlagen haben, das an der Vertretung der Ostmark im Abgeordnetenhaus so gut wie nichts ändern wird. Nur das Dreiklassenwahlrecht sichert die heutige politische Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses auch für die Zukunft und logischerweise müssten die Konservativen dann gegen jede Wahlreform sein und für die Aufrechterhaltung des Dreiklassenwahlrechtes eintreten. (Sehr richtig! links.) Die Regierung schlägt nicht, sie hält Wacht im Osten, was auch ihre Pflicht und Schuldigkeit ist. Auch an der notwendigen Energie läßt es die Regierung nicht fehlen. We-

all.) Es ist richtig, daß das Enteignungsgesetz kein schweres Schwer geworden ist. Aber schuld daran sind die Zulässigkeiten der Rechten, die es uns damals außerordentlich schwierig machten, dem Gesetz zuzustimmen. Wir werden dieses Schwer von Bayreuth fortsetzen. Der Abg. Seyda hat sich als Vertreter der polnischen Nation in Preußen hier vorgestellt. Ich lenne eine solche Firma nicht. (Befürchtung.) Ich lenne nur preußische Abgeordnete. Ich wähle nicht, wo die Polen dafür getan hätten, um ihr Vaterland vom russischen Joch zu befreien. Sie verbauen es ausschließlich den Mittelmächten. (Befürchtung.)

Abg. Pohlmann (kp.): Die Polen haben den Bogen überspannt mit ihren Forderungen; sie hätten ruhig die Entwicklung der Cholmer Frage abwarten sollen. Wir verlangen eine Polenpolitik, die eine unabschbare Polenpolitik der ehemals polnischen Landestiere zu Preußen unter Sicherstellung der politischen und wirtschaftlichen Gleichberechtigung der polnischen Bevölkerung betont.

Abg. Stanke (Gr.): In Westpreußen und Posen zeigt die Regierung Entgegenkommen, in Oberschlesien aber nicht; insbesondere nicht gegenüber den Wünschen des katholischen Klerus über den Religionsunterricht in der Muttersprache. Das schlesische Volk hat sich doch im Kriege ausgezeichnet gehalten. Mit der Ostmarkenzulage muß endlich mal ausgeräumt werden. Der größte Teil der öberschlesischen Polen weiß gar nicht, was Cholm ist.

Abg. Braun (Soz.): Bei der Ansiedlungstätigkeit stehen die Erfolge in gar keinem Verhältnis zu den dafür aufgewandten Mitteln. Der Versuch, die Polen von ihrem Heimatboden zu verdrängen, muß restlos aufgegeben werden. Das Gesetz war weiter nichts als eine Rettungsaktion für banferotte Großgrundbesitzer.

Abg. Fuhrmann (nl.): Der Aufhebung des Ansiedlungsgesetzes werden wir zustimmen. Es war eine

wenig taugliche Waffe. Aber wir müssen Ersatz haben in einem Vorlaufsrecht des Staates und in der Genehmigungspflicht von Berlaußen. Wenn der polnische Unterricht in der Unterstufe durch Lehrer und nicht durch Geistliche erteilt wird, wären wir damit einverstanden. Was haben die Polen getan, um sich ihre Freiheit zu verdienen? Auch heute wissen die Polen noch nicht, auf welche Seite sie sich stellen sollen.

Abg. Windler (kons.): Wir stehen hinter dem Abg. Dr. Wolff. Die Regierung kann uns keine Inkongruenz vorwerfen. Die Regierung hat den Polen zu viel Konzessionen gemacht.

Minister des Innern Dr. Drews: Es ist nicht richtig, daß Beamte aus Polen entfernt worden sind, weil sie für das Deutschtum eingetreten sind.

Abg. Neuhold (frt.): Die Ausführungen Dr. Friedbergs waren logisch nicht einmal einwandfrei. Die Polen haben die Hand der Versöhnung nicht angenommen.

Landwirtschaftsminister v. Eisenhardt-Nothe weist Vorwürfe gegen die Generalkommissionen zurück.

Abg. Gaigalat (kons. Litauer): Ein starkes monarchisches Litauen liegt im preußischen Staatsinteresse.

Kultusminister Dr. Schmidt: Ich habe gewissenhaft durchgeführt, was ich von meinem Vorgänger übernommen habe.

Der Staat der Ansiedlungskommission wird darauf genehmigt.

Donnerstag: Weiterberatung des Eisenbahnetats.

Letzte Nachrichten.

Die letzten Säulen wanken.

Auch die treuesten Anhänger der Bolschewiki, darunter das Prokobraschenko-Regiment, weigerten sich, die Regierung Lenins weiter zu unterstützen, und haben die Stadt verlassen. Die für die Beförderung der Ausländer bereitstehenden Züge wurden von ganzen Kompanien im Sturm genommen. Die Lokomotivführer mußten, unter Androhung des Erschießens, sofort abreisen. Der plötzliche Entschluß, die Garnison zu verlassen, wurde von den Soldaten gefaßt, als

von dem Sowjet verschärfte Bestimmungen angingen, die die Gewalttaten der Soldaten zu beschränken und zu bestrafen versuchten.

Die bürgerliche finnische Regierung in Wosa gab neues Papiergeld heraus. Der gesamte Goldvorrat der Bank von Finnland soll in ihren Händen sein.

Die Verhältnisse der Post beschäftigten in diesen Tagen den Hauptausschuß des Reichstags. Die endlose Mannigfaltigkeit der Postinteressen wurde gründlich durchgenommen. 11 833 Postbeamte sind im Kriege gefallen. Die Leistungen der Feldpost sind ungeheure, wenn sie auch die Einnahmen beeinträchtigen; 1917 sind täglich im Durchschnitt 17,3 Millionen Briefsendungen vermittelt worden. Die Posteinnahmen betragen in den letzten drei Jahren 741 Millionen, 760 Millionen und 960 Millionen Mark, die Ausgaben 743 Millionen, 790 Millionen und 900 Millionen Mark (einschließlich Reichsabgabe). Der Überschuß war also im Vorjahr geschwunden. Wegen Veräußerung von Postsendungen wurden gerichtlich bestraft: 1915 9 Beamte, 57 Unterbeamte, 710 Aushelfer, 1916: 13 Beamte, 70 Unterbeamte, 900 Aushelfer, 1917: 17 Beamte, 120 Unterbeamte, 1800 Aushelfer. Gestohlen wird in Massen während des Eisenbahntreibs, zum Teil in unglaublicher Weise. Vielfach sind aber auch die Pakete unbefestigbar. Im Frieden waren in Berlin 30 Pakete ohne Adresse zu bearbeiten, 1917 dagegen im ganzen Postgebiet nahezu 60 000. Auf 100 000 Pakete kommen jetzt 88 nicht nachweisbare. — Das Publikum trägt also selber sehr viel Schulden.

Der Kaiser hat an den Reichstag folgendes Telegramm gerichtet: „Herzlichen Dank für das Telegramm des Reichstags, dessen Fassung Mich sehr erfreut hat. Der völlige Sieg im Osten erfüllt Mich mit tiefer Dankbarkeit. Er läßt uns wieder einen der großen Momente erleben, in denen wir ehrtüchtig Gottes Willen in der Geschichte bewundern können. Welch eine Wendung durch Gottesseligung! Die Heldentaten unserer Truppen, die Erfolge unserer großen Feldherren, die bewunderungswürdigen Leistungen der Heimat wurzeln lebten Endes in den sittlichen Kräften, im fiktionalen Imperativ, die unserem Volk in harter Schule anerzogen sind. Sie werden uns auch durch die entscheidenden Schlachten hinbekämpfen, endgültigem Siege entgegen. Bei den großen Aufgaben, die uns Friedensschluß, Wiederaufbau und Heilung der Kriegswunden stellen werden, wünsche Ich Meinem geliebten deutschen Volk die alte geschichtliche Erfahrung, daß Einigkeit stark macht. Möchte es mit starkem Wirklichkeitsinn, mit unbeugsamem Glauben an sich selbst und seine Mission, mit starkem Staatsgefühl und stolzer Freude am Vaterland an die neue Zeit und ihre

Aufgaben herantreten, mit Mir und Meinem Hause durch die altbewährten Bande gegenseitigen Vertrauens verbunden! Ich zweifle nicht, daß aus den Stürmen und Opfern dieser Zeit eine reiche, starke und glückliche Zukunft erwachsen wird. — Das Beinden des Reichstagspräsidenten Raepke begleite Ich mit besten Wünschen für baldige Genesung. Wilhelm I. R.“

Japan rüstet.

Nach neueren Meldungen hat die japanische Regierung die Auslandsperre für alle politischen Telegramme verfügt. Die japanischen Häfen Nagasaki und Hogodate sowie der koreanische Hafen Tschingtao sind seit Sonntag mittag gesperrt.

Volkswirtschaftliches.

In Berlin, 6. März. Die Unterzeichnung des Friedens mit Rumänien belebte sowohl die Stimmung wie die Geschäftstätigkeit der heutigen Börse einigermaßen. Besonders erregten wieder russische Anleihen und einigermaßen auch russische Bankaktien bei höheren Preisen das Interesse der Geschäftskreise. Auch auf dem Montangebiet herrschte gute Stimmung.

„Offenheit?“ wiederholte er, und sie fuhr unbeirrt fort:

„Ja, sprich dich aus, oder besser noch, laß mich Fragen an dich stellen. Laß mich eine Frage an dich richten, die noch niemals über meine Lippen gekommen ist. Erzähle mir von Adriennes Mutter!“

„Was soll ich dir von ihr erzählen,“ sagte er, und seine Stimme klang plötzlich heiser, indem er ihr unverwandt in die Augen blieb.

„Beantwort mir eine einzige Frage, die sich mir aufdrängt!“ versetzte sie. „Du sagtest mir einmal, daß sie schön war, daß sie aber in bezug auf ihre gesellschaftliche Stellung tief unter dir gestanden, und daß deine Familie außer sich gewesen sei, als du dich mit ihr vermähltest. Ist das alles so?“

„Es ist so!“ entgegnete er gepreßt.

„Du hast mir auch gesagt,“ fuhr sie fort, „daß du nicht glücklich gewesen seiest, daß deine Heirat ein Irrtum war, und daß deine Frau schon bald nach der Hochzeit gestorben ist. Verbiß auch das auf Nichtigkeit?“

„Ich habe es dir gesagt!“ sagte er seilsam tonlos.

„Was willst du noch weiter wissen, Eleonore?“

„Ich möchte wissen, ob du mir sonst nichts mehr zu sagen hast!“ sprach sie eindringlich. „Ich möchte wissen, ob du mir vielleicht den Umstand vorenthalst, daß Adrienne-Mutter wahnsinnig gewesen ist?“

„Wahnsinnig?“ wiederholte er. „Nein, sie war immer bei vollkommen klarem Verstand! Wie kommt da auf diese Nutmaßung?“

„Weil du sagtest, du wünschtest nicht, daß Adrienne heirate,“ entgegnete sie, begreiflicherweise dachte ich mir, daß da irgend ein ganz besonderer Grund vorliegen müsse, der dich das wünschen ließe.“

„Dass sie nicht heiraten darf, Eleonore,“ sagte der Graf, und jedes Wort kam schwer von seinen Lippen, „daß meine ich im vollen Ernst so, aber nicht, weil ihre Mutter etwa wahnsinnig war. Ich habe ganz andere Gründe, die mich das wünschen lassen, — Gründe, daß du, wenn du sie kennst, diesen Wunsch nur teilen könntest. Aber ich kann dir mehr nicht sagen. Aber nur das eine magst du wissen: Adrienne darf nicht heiraten, und unsere Aufgabe muß es sein, daß zu verhindern, gleichviel, mit welchen Mitteln, um ihrer selbst, wie auch um aller willen darf es nicht sein!“

(Fortsetzung folgt)

Adrienne von Orchardstone.

Roman von G. Warden.

Autorisierte Bearbeitung von Max von Weishethurn.
10) (Nachdruck verboten.)

Tutu machte sehr verwunderte Augen.

„Was ist denn dabei?“ fragte sie. „Du bist doch sehr hübsch, und mit zwanzig Jahren kann man doch schon bald verheiraten sein. Sei also ehrlich und bekenne Karde!“

„Nein, ich weiß von keiner Liebe!“ entgegnete Adrienne ruhig, aber dunkle Röte stieg bei dieser Erklärung in ihre Wangen. „Du solltest aber wirklich nicht so reden, Tutu, das ist gar nicht hübsch für kleine Mädchen!“

„Meiner Zeit, kannst du aber predigen,“ rief die Kleine, sich schüttelnd. „Nebenbei bin ich überzeugt, daß du mir ein Märchen aufbindest. Aber ich werde deine Jungfer fragen, Jungfern wissen immer alles. Nun aber komm, du sollst mir das Haus zeigen. Deinen Papa und Nelly wollen wir nur in Ruhe lassen, die werden des Alleinseins herlich froh sein. Ach, offenbar ahnst du nicht, wie die beiden einander gern haben.“

Tutu war im Rechte mit ihrer Vermutung, daß der Graf bei seiner Frau sei. Frau Stafford hatte alsbald, als der Graf eingetreten war, das Gemach verlassen, und Arm in Arm standen die beiden nun am Fenster.

Hätte Adrienne sie gesehen, so würde ihre zärtliche Haltung vielleicht den Spott des jungen Mädchens wachgerufen haben, denn sie würde sicher nicht geglaubt haben, daß Eleonore Bernham mit fünfunddreißig Jahren eine Liebesbeziehung sei, und daß ihre Neigung nicht minder innig war, als wenn sie zwanzig Frühspringe gesäßt hätte.

„Ob ich enttäuscht bin?“ sagte sie soeben auf eine Frage ihres Gatten. „Welche Frau könnte sich wohl von Orchardstone enttäuscht fühlen. Es ist ja ein geradezu herrlicher Aufenthaltsort!“

„Ich freue mich, daß dies deine Ansicht ist!“ antwortete er. „Ich für meine Person ziehe Orchardstone Augenblicke weitest vor. Und was sagst du zu meiner Tochter? Ich will hoffen, daß auch Adrienne dich nicht enttäuscht hat!“

„Ich habe sie bis jetzt nur flüchtig gesehen,“ entgegnete die Gräfin, „aber von ihr enttäuscht fühle ich mich nicht!“

„Ich weiß, daß du schon, bevor du sie kennen lerntest,

Die erste Zwangsdienstleistung im Kriege hat die englische Inselgruppe Neuseeland, östlich Australien, aufnehmen müssen. Dort müssen nach einem neuen Gesetz Steuerzahler, deren steuerpflichtiges Einkommen im Finanzjahr 1915/16 (April bis März) nicht unter 700 Pfund = 14 000 Mark betrug, auf die im Kriegs- anleihegesetz von 1917 vorgepresste Anleihe einen Betrag zeichnen, der das dreifache ihrer Gesamtsteuerschuld an Grundsteuer und Einkommensteuer (ausschließlich Kriegsgewinnsteuer) für 1916 beträgt. haben sie jedoch schon auf die Anleihe von 1916 einen Betrag über das anderthalbfache des Steuerbetrages hinaus gezeichnet, so wird das damals gezeichnete Mehl auf die jetzige Bezeichnungspflicht in Anrechnung gebracht.

Die bolschewistische Regierung in Russland hat einen Vorschlag der Verstaatlichung des gesamten Feuer-, Transport- und Lebensversicherungswesens fertiggestellt.

Locales und Provinzielles.

Kritik mit dem Zeichen * sind Originalartikel und dürfen nur mit genauer Quellenangabe nachgedruckt werden.

* Fleischverteilung. Auf die veränderte Verkaufszeit und Einteilung bei der Fleischausgabe sei auch hier besondere hingewiesen. (Siehe betr. Bekanntmachung.)

Margarine kommt, wie uns von zuständiger Seite mitgeteilt wird, demnächst wieder zur Verteilung. Hoffentlich ist die Verteilungsstelle in der Lage uns mit einem so reichlichen Quantum zu beglücken, wie bei der letzten Verteilung.

Das Urteil im Prozeß Philippi Wiesbaden wurde gestern Mittag um 12 Uhr verkündet. Es lautete: Freisprechung sämtlicher Angeklagten unter Belastung der Staatsklasse mit den ziemlich erheblichen Kosten.

Die Wirtschaftung des Herrn Dr. Stigemüller. Der Staatssekretär des Kriegernährungsamts hat seine Genehmigung dazu erteilt, daß alles Herdstück, über welches Lieferungsverträge nicht zustandekommen, der Absatzbeschränkung unterworfen wird. Es darf mithin jeder Anbauer für sich zwar behalten, was er in seinem Haushalte verbrauchen will. Geht er aber dazu über, Ware im Handel abzusetzen, so bestimmt die Reichsstelle für Gemüse, wohin die Ware zu leisten ist, und wer sie erhält. In keinem Falle wird alsdann ein höherer, sicher aber ein niedriger als der Lieferungsvertragspreis gezahlt werden.

* Rücksprünge für Speisenf. Für Speisenf. sind vom Kriegernährungsamt nach Anhörung der Senats-Kaufmannschaft folgende Rücksprünge festgesetzt: Bei der Abgabe durch den Erzeuger an den Kleinhandel 60 Pf für den Zentner. Bei Abgabe durch den Kleinhandel an Großverbraucher in Mengen von 1 bis 5 Kilo 90 Pf für das Pfund. Bei Abgabe durch den Kleinhandel an Verbraucher in Mengen von weniger als 1 Kilo 1,10 Pf für das Pfund. Beim Verkauf in Originalpackungen durch den Kleinhandel mit einem Aufschlag von 45 Pf für das Pfund auf den Erzeugerpreis.

Aus aller Welt.

* Die Nade der Verleumderin. Den Blättern zufolge hat die 19jährige Katharina Henn, Tochter eines Kleinbauern, eingestanden, den Mord an Pfarrer Fischer in Karten bei Heinsberg und dessen Hansälterin verübt zu haben. Das Mädchen war als Schreiberin anonyme beleidigende Briefe festgestellt, und es war ihm vom Pfarrer eine dreitägige Frist gestellt, dem Bürgermeister ihre Verfehlung einzugeben. Kurz vor Ablauf der Frist abends 8 Uhr legte sich die Henn, mit einem Bell und einem Revolver bewaffnet, ins Pfarrhaus, wo sie zuerst die Hansälterin, dann den hinzukommenden Pfarrer erschlug und ihm den Hals durchschnitt.

* Gewaltige Schneefälle. Aus der ganzen Schweiz werden große Schneefälle gemeldet, die vielfache Unterbrechungen der Bahn- und Telegraphenverbindungen verhinderten. Aus der Lötschberglinie ist die Schneeschleudermaschine von einer Staublawine gänzlich zugeschüttet, und die elektrischen Leitungen sind teilweise weggerissen worden, ebenso bei der Gotthardlinie.

* Woher traut? Eine richtige Eulenspiegelgeschichte wird aus einem Dorfe bei Hannover gemeldet. Ein Bauer wollte ein Schwein schlachten und holte sich zunächst ein Gutachten des Fleischers ein, ob das Tier auch schlachtreif sei. Der Fleischer begutachtete das Tier und kam zu dem Ergebnis, daß das Schlachten sich wohl verlöste. Beim Abschied warnte er den Bauer eindringlich vor den bösen Spitzbüben, die es in erster Linie auf Schweine abgesehen hätten. Der Bauer erklärte, deswegen unbesorgt zu sein, den Spitzbüben würde er einen schönen Empfang bereitstellen. In der folgenden Nacht erwachte der Bauer von einem Geräusch, ergriff eiligst einen dicken Knüppel und sah auf dem Hofe im Dunkeln einen Mann, auf den er zu. Leibeskräften einschlug, worauf der Eindringling sogleich verschwand. Am Tage, an dem das Schwein geschlachtet werden sollte, wartete der Bauer vergeblich auf den Fleischer, der sagen ließ, er könne nicht kommen, da er trauft zu Bett liege. — Die Geschichte findet in der Gegend, wo man die Verhältnisse kennt, verständnisinnig schmunzelnde Zuhörer.

* Deserteur erschossen. Der fahnenflüchtige Arbeiter Seiffert war in das Dortmunder städtische Gefängnis eingeliefert worden; er brach aber aus, wurde wieder gefasst und sollte nun durch zwei Soldaten in das Gerichtsgefängnis gebracht werden. Kurz vor diesem stieg er seine beiden Begleiter zur Seite und konnte davon; die beiden Feldgrauen schossen. Seiffert brach tot zusammen.

* Rauchverbot auf der Straßenbahn. Der Rechnungsratspräsident von Breslau erließ ein Rauchverbot

für alle Straßenzähnen. Es gilt für innerhalb und außerhalb der Bahn und für die Dauer des Krieges und befreit die Vermeidung von Brandstiftungen.

* Größere Beschlagnahmen von Zwiebeln fanden auf dem Bahnhof Calbe statt. Es ist nicht zu glauben, was zu den Berliner Bürgern geschleppt wird. Die Abteile der Bühne sind fast zu klein, um die dichten Zwiebelbehältnisse aufzunehmen, die verstaubt werden sollen. Jetzt tritt die Bahnpolizei der Ausfuhr entgegen.

* Die Wölfe in Ostpreußen vermehren sich, die Gefahr wird größer. In Gumbinnen war ein Wolf, der in dem Revier der Försterei Buhlsdorf erlegt worden ist, im Regierungsgebäude zu beobachten. Es war ein weibliches Tier, tragend, und hatte ein Gewicht von 75 Pfund. — Es sind unter diesen Umständen natürlich schärfere Maßnahmen zu erwarten.

* Ein Studentenherz. In einem Orte bei Löbau erschien vor einiger Zeit bei einem gutsituierten Gutsbesitzer ein vom Devesdienst entlassener „Leutnant“, angeblich Rittergutsbesitzer. Er sah dort den Baßschuß des betreffenden Landwirts, in welchen er sich verliebte. Gelegentlich eines Familienfestes sollte die Verlobung mit dem „Herrn Leutnant“ stattfinden. Vorwurden von den Eltern Erkundigungen nach den Verhältnissen des Herrn Leutnants ange stellt, welche erfolglos blieben. Man glaubte einen Spion vor sich zu haben und wandte sich deshalb an die Militärbehörde. Als der „Herr Leutnant“ sich wieder telefonisch zur Besichtigung anmeldete, rief man ein Militärkommando herbei und der Herr Leutnant, welcher mit seiner Braut am Kaffeetisch saß, wurde verhaftet. Er entpuppte sich als ein kriegsinvalider Soldat, der angab, er habe sich einen „Studentenherz“ machen wollen. — Der Fall möge mancher allzu vertraulich gewesen sein.

* Durch Überland-Draht getötet. Als Schulkind von Horst nach Weller zum Konfirmandenunterricht gingen, bemerkten sie vor Weller einen gerissenen Draht der Überlandleitung an der Erde liegen und berührten ihn. Zum Glück war er stromlos. Als die Kinder wieder nach Hause gingen, berührten sie beide 12 Jahreigen Tugon Busch und Heinrich Wille wieder den Draht, der aber gerade in diesem Augenblick Strom erhielt. Die beiden Knaben fielen um und waren sofort tot. Der Draht soll schon drei Tage zerrissen an der Erde gelegen haben. — Wenn diese Fälle wenig aufmerksamer Beobachtung der Leute sich vermehren, dann wird es für alle Hochspannungsleitungen noch besondere gesetzliche Maßnahmen geben müssen.

In Frankenthal letzterte beim Spielen der 13-jährige Schüler Finger einen Eisenmast der elektrischen Oberleitung hinauf, griff an den mit 26 000 Volt Hochspannung geladenen Draht, worauf er sofort getötet wurde und herunterstürzte.

* Der Todessturz. In dem Circus Althoff in Wardenham führten die Geschwister Blumenfeld am Trapez die schwierigsten und tollkühnsten Leistungen aus, die stets im sogenannten „Todessturz“ ihren Abschluß fanden. Dieser, auf Programmen mit großen Buchstaben hervorgehobene „Sturz“ ist vor einigen Tagen tatsächlich zu einem verhängnisvollen Todessturz geworden, indem das Trapez aussetzte und alle drei Geschwister aus der kolossal hohen Höhe zur Erde stürzten. Während die Jüngste der Schwestern mit einem schweren Schädelbruch noch gerettet werden konnte, fanden die beiden anderen den fortigen Tod.

Wiesbadener Theater.

Königliches Theater.

Freitag, 8. Ab. A. Traumulus.	7 Uhr.
Samstag, 9. 4. Symphoniekonzert.	7 Uhr.
Sonntag, 10. Ab. C. Der Prophet.	6 Uhr

Residenz-Theater, Wiesbaden.

Freitag, 8. Das Extempore.	7 Uhr.
Samstag, 9. Neuheit. Fräulein Witwe.	7 Uhr.

Kurhaus Wiesbaden.

Konzerte in der Kochbrunnenanlage täglich an Wochentagen 11, Sonn- und Feiertags 11½ Uhr.

Freitag, 8. 4 und 8 Uhr. Abonn.-Konzert des Kurorchesters.

Samstag, 9. 4 und 8 Uhr. Abonn.-Konzert des Kurorchesters.

Sonntag, 10. 4 Uhr. Im Abonn. Symphoniekonzert. 8 Uhr. Abonn.-Konzert des Kurorchesters.

Bekanntmachungen.

Die Verteilung des Fleisches findet am nächsten Samstag von 8—12 Uhr in nachstehender Reihenfolge statt:

Nr. 401—1000	von	8—9 Uhr
" 1001—1500	"	9—10 "
" 1501—aus	"	10—11 "
" 1—400	"	11—12 "

Das Quantum wird noch bestimmt und wird alles Nähere an den Platzfächeln angekündigt.

Entwickelpapier oder Teller sind mitzubringen. Wegen des herrschenden Kleingeldmangels ist der Betrag abgezahlt bereit zu halten, oder genügend Wechselgeld mitzubringen, da die Verkäufer nur auf volle Mark herausgeben können.

Die Reihenfolge ist streng einzuhalten und sämtliche Brotkartenausweise vorzulegen.

Die Verkaufszeit für Fleisch ist von 8—12 Uhr festgesetzt. Die Versorgungsberechtigten müssen sich innerhalb dieser Zeit auf Grund ihrer Fleischarten einzudecken. Eine Sicherstellung des Fleisches über diese Zeit kann unter keinen Umständen erfolgen.

Morgen Freitag Nachmittag von 2 Uhr ab kommen auf dem Wendel'schen Grundstück, Ecke Langgasse und Rathausstraße Erdlochabri und Weißerüben zur Ausgabe.

Auch solche für Futterzwecken zu ermäßigten Preis werden abgegeben.

Vierstadt, 7. März 1917.

Der Bürgermeister. Hofmann.

Der Haushaltungsvoranschlag der Gemeinde Vierstadt für das Rechnungsjahr 1918 liegt gemäß § 89 Abs. 2 der Landgemeindeordnung vom 6. März ab 2 Wochen lang zur Einsicht der Gemeindeangehörigen auf der Bürgermeisterei offen.

Der Schießplatz zu Rambach wird am 7. 14. 21. 25 und 26. März von 9—2 Uhr und am 15. 20. 22. 27. 28. und 30. März von 9 Uhr vorne bis zum Dunkelwerden zum Abhalten von Schießübungen benutzt.

Vierstadt, den 4. März.

Der Bürgermeister. Hofmann.

Landwirtschaftlicher Consum-Verein

e. G. m. unbefr. Haftpflicht
zu Vierstadt.

Einladung.

Wir laden unsere Mitglieder auf Samstag, den 16. März Abends 8 Uhr in das Vereinslokal, Gasthaus zum „Bären“ zur

ordentlichen Generalversammlung

hiermit ergebnist ein und bitten um zahlreiches Erscheinen.

Tagesordnung:

1. Bericht über die 1917er Jahresrechnung und Bilanz.
2. Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes.
3. Verwendung des Reingewinn.
4. Ergänzungswahlen des Vorstandes und Aussichtsrates.
5. Verschiedenes.

Jahresrechnung und Bilanz liegen von heute an bis zum Tage der Generalversammlung im Hause des Rendanten offen.

Vierstadt den 6. März 1918.

Der Vorstand.

Haus- und Grundbesitzerverein

Vierstadt.

Der Haus- und Grundbesitzerverein hält am Samstag, den 9. März im Gasthaus zur „Krone“ eine

Mitglieder-

— Versammlung —

ab.

Tagesordnung:

1. Verlesen des Protokolls der letzten Versammlung.
2. Beschlussfassung über eventl. Mietsteigerung.
3. Verschiedenes.

Bemerkt wird, daß wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung zahlreiche Beteiligung erwünscht ist, und daß auch Mitgliedfrauen willkommen sind.

Beginn 8 Uhr.

Der Vorstand.

Dankdagung.

Für die überaus großen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem uns so schwer betroffenen Verluste sage allen Verwandten, Freunden und Bekannten, besonders dem Sängerverein Frohsinn, dem Krieger- und Militärverein, sowie für die überaus zahlreichen Kränz- und Blumenspenden auf diesem Wege unseres innigsten Dank.

Im Namen aller trauernden Hinterbliebenen:

Eduard Nink,
Meyermeister.

Ein schwarzes Capes —
auf dem Wege von Erbenheim nach Vierstadt am Montag Abend verloren.
Gegen gute Belohnung abzugeben. Privatstr. 4.